

David Ewert/Anastasia Steinke

Wann, wenn nicht jetzt?

Globale Gerechtigkeit als Wahlkampfthema

Die SPD setzt in ihrem Wahlkampf aus gutem Grund auf eines ihrer ältesten Themen: soziale Gerechtigkeit. Sie sollte zugleich die großen globalen Gerechtigkeitsfragen zu einem Nebenschauplatz im Wahlkampf machen. Dies wäre strategisch sinnvoll und ist normativ geboten.

Mit dem aktuellen Grundsatzprogramm, welches 2007 beschlossen wurde, versucht die SPD, sich inhaltlich wieder stärker von der CDU abzugrenzen. Das ist auch dringend notwendig, denn in der öffentlichen Wahrnehmung hat sich die Meinung verfestigt, dass sich die politischen Positionen von SPD und CDU seit dem Ende der Kohl-Ära konsequent annähern. Insbesondere die Agenda-Politik unter Alt-Kanzler Schröder wurde als Rechtsruck der SPD gewertet. Gleichzeitig rückten nach Meinung der Öffentlichkeit die christdemokratischen Werte kontinuierlich nach links. Inwieweit sich diese Wahrnehmung mit der politischen Wirklichkeit deckt, sei erst einmal dahingestellt.

Fakt ist, dass diese öffentliche Wahrnehmung der SPD massiv geschadet hat und ihr im gegenwärtigen Wahlkampf weiter schadet. Dies wird besonders deutlich, wenn man sich vor Augen führt, dass die SPD während der Großen Koalition innerhalb nur einer Legislaturperiode zur 23%-Partei schrumpfte. Das Wiedererlangen von Regierungsverantwortung durch eine Neuauflage der Großen Koalition im Herbst 2013 wäre für die SPD folgerichtig allerhöchstens ein Pyrrhussieg, wenn nicht gar auf lange Sicht ein strategisches Desaster.

In Anbetracht dessen werden zwei Grundpfeiler der Wahlkampfstrategie der SPD deutlich: Das Herausarbeiten einer deutlichen Unterscheidbarkeit von der CDU sowie das ausdrückliche Werben für



David Ewert

(* 1983) ist Doktorand am Lehrstuhl für Philosophie der wissenschaftlich-technischen Kultur der TU Darmstadt.

me@davidewert.de



Anastasia Steinke

(* 1986) ist Stipendiatin der FES. Sie studiert Sozialwissenschaften, Germanistik und Geschichte an der Universität Siegen.

anastasia.steinke@googlemail.com

eine Regierungskoalition mit den Grünen. Ersteres wird die SPD ohne Zutun der CDU erreichen müssen, denn die Christdemokraten werden sich angesichts der langen Schatten der Finanzkrise hüten, die Unterschiede zur Sozialdemokratie zu sehr in den Vordergrund zu stellen. Zudem wird die CDU eine Große Koalition zwar nicht herbeireden, doch könnte sie sehr gut damit leben – und ohnehin gehen ihr nach der über Jahre professionell choreografierten Selbstzerstörung der »Liberalen« die Koalitionspartner aus.

Wie Joachim Raschke und Ralf Tils in der Januar/Februar-Ausgabe dieser Zeitschrift aufgezeigt haben, ist es für einen Machtwechsel notwendig, den Wahlkampf auf Themen aufzubauen, die »auf breite Zustimmung treffen«. Das gegenwärtig

beherrschende Thema ist die Eurokrise. Hierbei ist es für die SPD vordergründig kaum möglich, sich wahltaktisch vorteilhaft von der CDU abzugrenzen. Gleichwohl haben die Entwicklungen der jüngsten Vergangenheit eine Grundstimmung in Deutschland und Europa befördert, die einer Politik der »freien Märkte« skeptischer gegenübersteht als dies in den vergangenen Jahrzehnten der Fall war. Die Meinungshoheit des Wirtschaftsliberalismus scheint hier gebrochen, und das ermüdende Mantra von wirtschaftlicher Freiheit als Allheilmittel sozialer Probleme wird lediglich noch wehmütig gemurmelt. Folgerichtig setzt die SPD in ihrem Wahlkampf auf eines ihrer ältesten Themen: auf soziale Gerechtigkeit.

Entwicklungs- und klimapolitische Abgrenzung

In diesem Zusammenhang muss der Wahlkampf der SPD jedoch auch die großen globalen Gerechtigkeitsfragen im Bereich der Klima- und Entwicklungspolitik in den Blick nehmen. Dies würde dem gewählten Hauptthema innerstaatlicher Gerechtigkeit noch mehr Glaubwürdigkeit verschaffen sowie eine klarere Abgrenzung von der Regierungskoalition ermöglichen. Zudem vermögen diese Themen bei einer erneuten Regierungsbildung mit den Grünen richtungweisend zu wirken und sie verfügen über ein hohes Mobilisierungspotenzial im gesamten linken Spektrum.

Was spricht dafür, dass eine noch stärkere Akzentuierung dieser Themen für die SPD von Vorteil wäre? Zunächst muss man feststellen, dass die Menschen über das Ausmaß dieser globalen Probleme informierter sind als je zuvor. Die existenziellen Gefahren des Klimawandels sind durchaus im allgemeinen Bewusstsein verankert. Finanz- und Weltwirtschaftskrise schließlich haben den Blick dafür geschärft, dass

die globale Wirtschaftsordnung Skrupellosigkeit und Eigennutz auf bisher unvorstellbare Weise ermöglicht, letztlich immer zu Lasten der regional und global Schwächsten.

Daher überrascht es nicht, dass die Bevölkerung den klima- und entwicklungspolitischen Positionen der Bundestagsparteien mittlerweile eine größere Bedeutung beimisst. Beispielsweise bewerteten bei der vergangenen Bundestagswahl bei einer Befragung von 1.000 Wahlberechtigten 90 % Klimapolitik als wichtig für ihre Wahlentscheidung (laut Infratest Dimap). In der größten Umfrage zur europäischen Entwicklungspolitik bei ca. 27.000 Befragten, geleitet von der Europäischen Kommission (Spezial Eurobarometer), bewerteten 2011 europaweit 80 % der Menschen »Entwicklungshilfe« als wichtig oder sehr wichtig. In Deutschland waren es sogar 92 % – nur noch übertroffen von Schweden und Zypern.

Dabei verbindet die öffentliche Wahrnehmung diese Politikfelder vornehmlich mit der SPD respektive mit den Grünen. Dies bietet den beiden Parteien die hervorragende Möglichkeit, in diesen Bereichen Wähler zu überzeugen und gleichzeitig für ihre Koalition zu werben, indem sie einen unmissverständlichen Unterschied zu Schwarz-Rot, Schwarz-Grün oder gar Schwarz-Gelb herausstreichen. Zudem ist es spätestens seit der Konferenz der Vereinten Nationen über nachhaltige Entwicklung im Juni 2012 internationaler Konsens, dass Entwicklungs- und Klimapolitik nur gemeinsam gelingen können: Ein Konsens als Grundlage für ein zukunftsweisendes rot-grünes Regierungsbündnis.

Es ist also zu erwarten, dass diese globalen Themen den Wahlkampf von SPD und Grünen sinnvoll ergänzen können. Besonders gilt dies für den Wahlkampf der SPD mit dem Hauptthema innerstaatlicher Gerechtigkeit.

Doch für die SPD existiert noch ein tieferer Grund, sich im Wahlkampf zu den

großen globalen Problemfeldern unserer Zeit zu äußern: Es entspricht ihrem historischen Selbstverständnis als linker und international ausgerichteter Partei. Es geht nicht eigentlich um ein Wahlkampfmittel. Es geht um den Zweck der Sozialdemokratie selbst. Dies könnte zu kaum einem Zeitpunkt deutlicher werden als im Mai dieses Jahres. Denn es gibt die SPD nicht seit 150 Jahren, weil sie machtpolitisch immer vernünftig gehandelt hat oder weil sie die politische Wirklichkeit immer richtig einschätzte. Sie ist in solchen Dingen vergleichsweise schlecht. Sie ist darin schlecht, weil sie über ein normatives Korrektiv verfügt, das macht- oder realpolitischen Erwägungen entgegenwirkt. Dieses Korrektiv ist der unbedingte Wille, großes Unrecht niemals hinzunehmen. Es ist zugleich das Wesen der Sozialdemokratie und begleitete sie durch ihre lange Geschichte. Je stärker es sichtbar ist, desto höher ist das Mobilisierungspotenzial der SPD im linken Spektrum.

Gerechtigkeit über Deutschland hinaus

Dieser Charakterzug bildete sich im Kampf gegen die innerdeutschen Zustände in der Mitte des 19. Jahrhunderts heraus. Diese ähnelten denen der heutigen globalisierten Welt auf bedrückende Weise. Damals waren fast 50 % der deutschen Bevölkerung besitzlos und vom Hunger bedroht. Kinderarbeit in Fabriken und Bergwerken, fehlende medizinische Versorgung und elende Wohnverhältnisse gehörten für das »Proletariat« zum Alltag. Ein Überangebot an Arbeitskräften sorgte in einem ungebändigten Kapitalismus für exorbitante Ungleichverteilung und extreme Arbeitsbedingungen.

Heute lässt sich global ein ähnliches Bild zeichnen. Die ärmere Hälfte der Menschheit ist praktisch besitzlos und verfügt über weniger als 3 % des globalen Ein-

kommens. Zwei Milliarden Menschen haben keinen Zugang zu medizinischer Versorgung, zwei Milliarden sind obdachlos. Eine Milliarde leidet Hunger und 200 Millionen Kinder müssen Kinderarbeit leisten. In diesem Zusammenhang machte der Philosoph Thomas Pogge in der Dezember-Ausgabe dieser Zeitschrift verständlich, dass die globale Wirtschaftsordnung den weltweit ärmsten Ländern und Gruppen schweren Schaden zufügt. Deutschland ist als eines der wirtschaftlich und politisch mächtigsten Länder mitverantwortlich. Es geht somit in unserer Beziehung zur sich entwickelnden Welt schon lange nicht mehr vornehmlich um Hilfe, sondern darum, den Ärmsten der Welt nicht weiter gravierenden Schaden zuzufügen. Es geht, wie vor 150 Jahren in Deutschland, um ein Mindestmaß an Gerechtigkeit.

Diese Menschen werden manchmal als Verlierer der Globalisierung bezeichnet. Dabei sind sie keineswegs Verlierer. Sie sind Opfer. Sie wollten ein solches Spiel weder mitspielen, noch wurden sie überhaupt gefragt. Die SPD sollte Ihnen eindringlich eine Stimme geben und sich im Wahlkampf ein Mandat für das Streben nach einer gerechteren globalen Wirtschaftsordnung erkämpfen.

Die Sozialdemokratie hat für Deutschland und für Europa viel erreicht. Doch noch immer hat sie eine Welt zu gewinnen. 2013 ist für die SPD daher der Zeitpunkt, sich selbst und die deutsche Bevölkerung daran zu erinnern, dass das Anliegen der Sozialdemokratie nichts aber auch gar nichts mit konservativer Politik gemeinsam hat. ■